

QUARTALSBERICHT

Projektland: Bolivien

Quartal/Jahr: IV/2011

SCHLAGZEILEN

1. **Chilenisch-bolivianische Problematik um Meerzugang weitet sich aus**
2. **Oppositionsführer unter Druck der Justiz**
3. **Erste Phase des Sozialgipfels**
4. **Kokaanbau auf dem Vormarsch**
5. **Mineralienexport füllt Staatskasse**
6. **Nachwirkungen des TIPNIS Konfliktes**
7. **Wirtschaftsrückblick 2011**

CHILENISCH-BOLIVIANISCHE PROBLEMATIK UM MEERZUGANG WEITET SICH AUS

Der bolivianische Präsident Evo Morales verkündete, er werde 2012 persönlich zum internationalen Gerichtshof nach Den Haag reisen, um die Forderung Boliviens auf einen Meerzugang im Pazifik zu unterstützen. Es wurde bereits eine Ministerialabteilung gegründet (Dirección de Revindicación Marítima), deren exklusives Ziel es ist, Boliviens Forderung international Gehör zu verschaffen. Bereits am 23. März 2011 verkündete die Regierung sie werde Chile beim internationalen Gerichtshof verklagen. Morales schließt eine diplomatische Übereinkunft nicht aus, wies jedoch darauf hin, dass diese in den Händen Chiles liege. Der chilenische Außenminister Alfredo Moreno ist der Ansicht, Grenzstreitigkeiten müssten zwischen den Konfliktparteien direkt verhandelt werden, nicht durch ein fremdes Organ. Er warnte Bolivien jedoch auch, dass ein Beharren auf der derzeitigen Forderung Konsequenzen haben werde.

Bolivien verlor seinen Zugang zum Pazifik im Salpeterkrieg (1879-1884), Chile erhielt die Hafenstädte Antofagasta, Iquique und Arica. Der bis heute gültige Friedens- und Freundschaftsvertrag zwischen Chile und Bolivien, in dem der Landgewinn Chiles bestätigt wird, wurde 1904 unterzeichnet. Es wurde jedoch auch festgehalten, dass Bolivien freien Warenverkehr und Zugang zu den Pazifikhäfen haben solle. Bolivien argumentiert, dass diverse Punkte des Vertrages von Chile nicht eingehalten werden.

OPPOSITIONSFÜHRER UNTER DRUCK DER JUSTIZ

Führende Oppositionspolitiker müssen sich derzeit Gerichtsprozessen stellen. Die Anklagepunkte sind Korruption, Veruntreuung öffentlicher Gelder oder Finanzterrorismus.

Laut Aussagen der Opposition sei dies ein Versuch der Regierungspartei MAS, oppositionelle Kräfte im Land zu diskreditieren und auszuschalten. Der Gouverneur von Santa Cruz, Rubén Costas, ist der letzte frei gewählte Gouverneur, welcher sein Amt durch die Anschuldigungen des Staatsanwaltes verlieren könnte. Seine Kollegen Ernesto Suárez, ehemaliger Gouverneur von Beni, und Mario Cossío, ehemaliger Gouverneur von Tarija, wurden auf diese Weise ihrer Ämter enthoben. An ihrer Stelle regieren nun Verbündete der MAS-Partei, wie Haisen Ribera in Beni oder Lino Condori in Tarija.

Auch gegen den Bürgermeister von La Paz, Luis Revilla, ermittelt die Staatsanwalt. Sollten die Ermittlungen zu einer formalen Anklage führen, so würde auch er von seinem Posten suspendiert, bis die Anklagepunkte geprüft sind. Die der Opposition zugehörigen Bürgermeister von Trinidad und Tarija, Moisés Shriqui und Oscar Montes, haben ebenfalls schwebende Verfahren, während der Bürgermeister von Potosí, René Joaquino, bereits seines Amtes enthoben wurde. Als dasselbe Schema angewendet wurde, um den Bürgermeister von Sucre, Jaime Barrón, zu suspendieren, entschied sich dieser stattdessen für einen Rücktritt. Dadurch konnte sein Amt nicht ohne Neuwahlen besetzt werden. Somit verhinderte er die Ernennung einer MAS-treuen Bürgermeisterin. Dieser Schachzug ging auf und die Opposition konnte mit dem Wahlsieg von Moisés Torres Chivé, Kandidat der Oppositionskoalition LÍDER, punkten.

Diese Methode der Regierung, unliebsame Oppositionspolitiker ihres Amtes zu entheben, wird von der Opposition scharf kritisiert, vor allem da es die Autorität des Staatsanwaltes über die der Wählerschaft stellt. Der Gouverneur von Santa Cruz, Rubén Costas, befürchtet, dass die Regierung von Evo Morales versucht, alle Gouverneursposten in ihre Hand zu bekommen, um so die Autonomiestatuten, welche 2008 verabschiedet wurden, abzuändern. Die Regierung unterstützt weiterhin ihre Entscheidung, unliebsame Behörden vor einer Urteilsvollstreckung zu entlassen. Sie rechtfertigt diese Methode mit den Autonomiegesetzen von 2010.

ERSTE PHASE DES SOZIALGIPFELS

Seit Dezember 2011 findet in Cochabamba ein Sozialgipfel statt, dessen Ziel es ist, eine konkrete Entwicklungsstrategie für Bolivien zu definieren. Während dieser

plurinationalen Zusammenkunft der verschiedenen Gesellschaftssektoren wurden verschiedene Vorschläge für die zukünftige Regierungsstrategie Evo Morales' eingebracht. Über 50 Organisationen, in ihrer Mehrheit der MAS zugehörig, wurden in 10 Arbeitsgruppen unterteilt um 51 Gesetzesvorschläge zu erarbeiten. Unter diesen befanden sich unter Anderem Vorschläge zu einem Produktions- und Beschäftigungsabkommen, zur Verbesserung der Sicherheit der Bürger, zur Schaffung eines Wirtschafts- und Kommunikationsrates sowie ein Vorschlag über die Pazifikzugangsproblematik mit Chile.

Um die Wirtschaft Boliviens zu stärken, müsse man den Binnenmarkt verbessern und die Abhängigkeit von Europa und den Vereinigten Staaten eindämmen, ohne diese als wichtige Absatzmärkte zu vernachlässigen, so Morales. Die Hauptexportgüter Boliviens sind Gas und Mineralien, die größten Handelspartner Brasilien, Argentinien und diverse asiatische Länder. Wirtschaftsexperten sehen diese Absatzmärkte als absolut unabdingbar und für die bolivianische Wirtschaft lebensnotwendig. Man könne sie keineswegs durch den Binnenmarkt ersetzen.

Die Kommission für Land und Lebensmittelsicherheit schlug vor, die Gemeinden sollten mehr in die Produktion von Lebensmitteln investieren. In der Arbeitsgruppe Zivilsicherheit kam man zu dem Entschluss, die Zivilbevölkerung müsse mehr in die Kriminalitätsbekämpfung einbezogen und die neuen Kommunikationsmedien zur generellen Aufklärung und Erziehung der Bevölkerung eingesetzt werden. Der Verteidigungsminister Rubén Saavedra verkündete, dass die Arbeitsgruppe internationale Politik die Klage gegen Chile in Bezug auf den Pazifikmeerzugang beim obersten Gerichtshof in Den Haag unterstütze. Des Weiteren schlug die Wirtschaftskammer der bolivianischen Privatunternehmer ein nationales Abkommen zwischen dem Indigenen- und dem Unternehmensektor vor, mit dem Ziel, mehr Arbeitsplätze zu schaffen und die Produktion und Effizienz im Land zu steigern. Ebenso wurde die Schaffung eines Wirtschaftsrates beschlossen, um den Dialog zwischen der Regierung, den Unternehmern und den Produzenten zu verbessern um so Gleichheit, Soziale Integration und Armutsreduktion zu erreichen. Die Kommission für Kulturrevolution und Kommunikation debattierte über die Verbesserung des Zugangs zu Informationsquellen für indigene Gruppen, Ureinwohner und Gewerkschaften. Das Recht auf Bildung, welches an den Armen orientiert sein sollte, ist der Hauptvorschlag des Bildungsministeriums.

Die erste Phase dieses Treffens endete mit der Präsentation diverser Gesetzesvorschläge durch die Arbeitsgruppen und wird mit der Vorstellung der neuen Wirtschafts- und Sozialagenda für das kommende Jahr Anfang Januar sein Ende finden.

KOKAANBAU AUF DEM VORMARSCH

Die Regierungspartei MAS besteht auf die Ausweitung der legalen Kokaproduktion von derzeit 12.000 Hektar auf insgesamt 20.000 Hektar. Dieser Vorschlag wurde auf auf Hanns-Seidel-Stiftung, Quartalsbericht, Projektland, IV/2011

dem Sozialgipfel bereits bestätigt, obwohl es auch innerhalb der Regierungspartei unterschiedliche Auffassungen zu den Forderungen der Kokabauern gibt.

Der Präsident des Komitees für das Staatsgebiet der Senatorenkammer, Julio Salazar (MAS), beteuerte die Entscheidung sei kein Produkt des oben genannten Sozialgipfels, sondern ginge vielmehr auf den Amtsantritt Morales als Staatspräsident zurück. Laut Salazar sei die Ausweitung der Kokaanbauflächen bereits beschlossen. Im Chapere dürften demnach bis zu 17,5% Koka pro Hektar mehr kultiviert werden, was circa 7.000 Hektar entspricht und in den Yungas von La Paz ganze 13.000 Hektar. Alle Kokabauern sind in einem Zentralregister mit ihren biometrischen Daten erfasst. Salazar bestätigte, dass der Präsident Evo Morales mit der Ausweitung der Anbauflächen einverstanden ist. Der von der Exekutive erstellte Kokabericht wird diese Maßnahme unterstützen. Deren Umsetzung in die Tat ist sich Salazar sicher.

Im Gegensatz dazu möchte die Präsidentin des Komitees für Staatssicherheit und Kampf gegen den Drogenhandel, Mary Medina (MAS), jedoch keines Falls eine Ausweitung des legalen Kokaanbaus genehmigen. Um die Anbaufläche zu erweitern muss das Gesetz 1008 modifiziert werden, welches die Kokaanbaufläche auf insgesamt 12.000 Hektar beschränkt. Im Jahr 2010 wurden rund 30.900 Hektar Agrarfläche mit Koka bepflanzt, davon sind rund 19.000 Hektar illegal.

MINERALIENEXPORT FÜLLT STAATSKASSE

Das Jahr 2011 überraschte mit hohen Einnahmen durch die Lizenzgebühren der Bergbau und Metallindustrie. In den ersten 10 Monaten des Jahres 2011 wurden rund 129 Millionen Bolivianos eingenommen (ca. 14 Millionen Euro), was damit schon die Gesamteinnahmen von 2010 überstieg. Auch die Exporte von Rohstoffen wie Zink, Gold, Silber, Antimon, Blei, Baryt und Zinn stiegen weiter an. Durch einen Generalstreik der Mineralienhändler und Minenarbeiter im Oktober fiel der Export von Zinn um 65% und führte zu wirtschaftlichen Einbußen durch das Ausbleiben der Lizenzgebühren. Zink, Zinn und Baryt und Silber sind die Hauptexporte des bolivianischen Bergbaus, Bolivien ist unter den zehn weltweit größten Produzenten dieser Rohstoffe.

NACHWIRKUNGEN DES TIPNIS KONFLIKTES

Der bereits im letzten Quartalsbericht beschriebene TIPNIS-Konflikt ist auch weiterhin ein Thema der bolivianischen Innenpolitik. Der 65 Tage andauernde Marsch der indigenen Bevölkerung nach La Paz, um den Bau einer Straße von Villa Tunari nach San Ignacio de Moxos quer durch ein Naturreservat zu verhindern, endete zwar mit der

Zusage von Evo Morales den Bau zu stoppen. Jedoch gibt es weiterhin Konfliktpotenzial. Das TIPNIS Naturreservat wurde als „unantastbar“ deklariert. Unklar ist jedoch, was genau man unter „unantastbar“ versteht. Die Unantastbarkeit des Nationalparks garantiert die exklusive und traditionelle Verwendung der Ressourcen durch die dort lebende Bevölkerung, ob diese nun jedoch auch ihren Aktivitäten wie Jagd, Fischerei und Landwirtschaft nachgehen darf, ist ungewiss. Der Konflikt hat die Zustimmungsrate von Präsident Evo Morales wesentlich gesenkt, diese liegt nun laut unabhängigen Quellen etwa bei 50%. Als Richtwert können auch die Ergebnisse der Richterwahlen vom Oktober dienen, in denen circa 60% der Bevölkerung ihren Unmut mit der Nichtausfüllung oder der Annullierung ihres Stimmzettels Ausdruck verliehen.

(Für mehr Information, siehe Sonderbericht:
http://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/Berichte/111007_Boliven_SB.pdf)

WIRTSCHAFTSRÜCKBLICK 2011

Das sechste Jahr in Folge konnte der bolivianische Staat ein Überschuss in den Staatsfinanzen von 1% verbuchen, was einen neuen Rekord auf dem makroökonomischen Level im regionalen Vergleich darstellt (trotz der Krise in 2008).

Im dritten Trimester 2011 konnte das BIP auf 4,98%, Dank der hohen internationalen Rohstoffpreise, der Preissteigerung bei Lebensmitteln und eines Zuwachses beim Bankenwesen und beim Transportsektor gesteigert werden. Laut eines Berichts des nationalen Statistikinstituts INE, stieg der Sektor Energierohstoffe um 9%, was 0,51% des Wachstums des BIP entspricht; Mineralien hingegen stiegen nur um 0,62%. Das Transportwesen wuchs um 7,45%, Elektrizität, Gas und Wasser um 7,37% und die Baubranche um 7%.

Im Jahr 2005 verbuchte Bolivien ein Wirtschaftswachstum von 4,42%. Seit dem Amtsantritt von Evo Morales im Dezember 2005 fanden tiefgreifende Strukturveränderungen statt. Zwischen 2006 und 2011 wuchs Bolivien durchschnittlich 4,66%, also nur ein geringer Anstieg seit 2005.

Das Bolivianische Institut für Außenhandel (IBCE) erklärt das stetige Wachstum der letzten Jahre durch die enorm gestiegenen Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt und deren erhöhte Nachfrage. Dadurch konnten historische Niveaus an Steuereinnahmen verbucht und somit mehr Geld für öffentliche Ausgaben, wie für die Sozialpolitik, bereitgestellt werden.

Im Jahr 2009 konnte man eine empirische Bestätigung der Wichtigkeit des Rohstoffexportes für die bolivianische Wirtschaft erkennen. Der Fall der internationalen Rohstoffpreise durch die weltweite Krise im Jahr 2009 ließ das BIP auf knappe 3,36% sinken (im Vorjahr waren es rund 6,15%). Die tiefgreifenden Strukturveränderungen der bolivianischen Wirtschaft nach 2005, vor allem die Nationalisierung der Sektoren der natürlichen Rohstoffe wie Mineralien und Gas, hatten schwere Konsequenzen. Das Ausbleiben von ausländischen Investoren aufgrund des Mangels an Rechtssicherheit und des Fehlens von wirtschaftlichen Anreizen, gepaart mit zunehmender Abhängigkeit der Wirtschaft von den internationalen Rohstoffpreisen macht die bolivianische Wirtschaft zunehmend fragil. Während zwischen 2000 und 2005 die Landwirtschaft und Industrie als Arbeitgeber und Wachstumsgeneratoren noch eine wichtige Rolle spielten, verfielen diese Wirtschaftszweige in den letzten Jahren zunehmend.

Philipp Fleischhauer

Der Autor ist Büroleiter der Hanns-Seidel-Stiftung in La Paz, Bolivien

Bericht erstellt unter Mitarbeit von Claudia Vargas

IMPRESSUM

Erstellt: 05.01.2012

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: ijz@hss.de | www.hss.de